

**Antrag**

öffentlich

Datum

27.04.2020

Nummer

A0095/20

Absender

**Fraktion DIE LINKE**

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates  
Herr Hoffmann

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

14.05.2020

Kurztitel

Digitalen Unterricht fördern

**Der Stadtrat möge beschließen:**

1. Der Oberbürgermeister wird gebeten, gemeinsam mit der KID/KITU e.G. für die Schulen in Trägerschaft der Landeshauptstadt Magdeburg zu prüfen,
  - a. wie schnellstmöglich alle Schulen mit Schulservern ausgestattet werden können,
  - b. wie die vom LISA bereitgestellten Plattformen (emuCloud, emuTube sowie die moodle-Lernumgebung) an die vorhandenen Schulserverstrukturen angebunden werden können,
  - c. welche DSGVO-konformen Video- und Telefonkonferenzlösungen den Schulen über die KID angeboten werden können,
  - d. welche kurzfristigen und überbrückenden Maßnahmen ergriffen werden können, damit an allen Schulen ein schneller Internetzugang bereitgestellt werden kann,
  - e. wie der Internetzugang für alle Schüler\*innen gewährleistet werden kann,
  - f. wie entsprechende Druckkapazitäten für Schüler\*innen zur Verfügung gestellt werden können.
2. Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob - zusätzlich zu den von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mittel für die Anschaffung von Computern für „bedürftige“ Schüler\*innen - weitere Mittel zur Verfügung gestellt werden können, damit die Anschaffung von notwendiger Hardware zu keiner finanziellen Mehrbelastung führt.
3. Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob Familien, die Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket erhalten, ein einmaliger Druck- und Internetzuschuss in Höhe von 300 Euro gezahlt werden kann.

**Begründung:**

Aus Gesprächen mit Schulleitungen wurden die Probleme des gegenwärtigen Onlinelernens ersichtlich. So gibt es Familien, welche Aufgaben auf den nächsten Monat verschieben müssen, weil das Internetlimit aufgebraucht ist, Druckerpapier fehlt oder die Tonerpatrone leer ist. Staatliche Schulen müssen auch für diese Kinder einen gerechten Zugang zu Bildung garantieren. Als Schulträger ist hier die Landeshauptstadt Magdeburg in Verantwortung. Da absehbar ist, dass die Schulschließungen für einige Klassenstufen noch einige Wochen andauern werden und ebenso eine Rückkehr zu kompletten Schließungen aller oder einzelner Schulen nicht auszuschließen ist, müssen unverzüglich die Voraussetzungen für digitale Lernangebote ausgebaut werden.

Zur Sicherung des Zugangs zum Internet sollten alle Alternativen geprüft und Gespräche mit der Freifunk-Initiative aufgenommen werden.

Jenny Schulz  
Fraktionsvorsitzende

Dennis Jannack  
Bildungspolitischer Sprecher der Fraktion